

Entwurf einer „europäischen Sprachenordnung“

Holger Konrad (Hamburg)

1 Einleitung

Die Europäische Union (EU) hat bisher 15 Mitgliedsstaaten und elf Amtssprachen. Im Frühjahr 2002 wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass die Osterweiterung der EU im Jahre 2004 beginnen soll. Allem Anschein nach planen die EU-Behörden, trotz einiger Reformen in der Verwaltung, das Prinzip des „integralen Multilingualismus“ fortzuführen, nach dem jede nationale Amtssprache eines Mitgliedsstaates auch Amts- und Arbeitssprache in Europa wird. Und das, obwohl dieser Sachverhalt allgemein als großes politisches und finanzielles Problem, als „Sprachenproblem der Union“ gesehen wird, das Tag für Tag die Übersetzung vieler Seiten erfordert und Unsummen aus dem Haushalt verschlingt. Auch nach den diplomatischen Auseinandersetzungen im Sommer 1999, die als „deutsch-finnischer Sprachenstreit“ Schlagzeilen machten, und anderen sprachlich motivierten Konflikten in Europa ist kein Schritt in Richtung einer Lösung getan worden.

Ein zweiter Aspekt ist folgender: Schon lange wird von Seiten derer, die sich wissenschaftlich mit Fremdsprachenunterricht auseinandersetzen und sich über europäische Bildung Gedanken machen, die Notwendigkeit der Förderung des Fremdsprachenunterrichts in ganz Europa betont. Denn über ein zweites schwerwiegendes Defizit in Europa können auch die vielen Aktionen im Europäischen Jahr der Sprachen (2001) nicht hinwegtäuschen: Es sprechen zu wenig Menschen in Europa Fremdsprachen, und die vorhandenen Kenntnisse sind regional und sozial ungleich verteilt.

Dieser Artikel nimmt sich beider Thematiken an und verbindet sie auf besondere Weise: Er verwirft die heutige undifferenzierte Gleichberechtigung der Gemeinschaftssprachen, erteilt aber auch einem Leitsprachenmodell, das tatsächlich *eine* Sprache für Europa vorsieht, eine Absage und entwirft dagegen die Utopie einer „europäischen Sprachenordnung“, die erstens alle wichtigen sprachlichen Angelegenheiten der EU-Gremien regelt und zweitens als Leitbild sowohl für sprachliches Verhalten in Gesellschaft und Wirtschaft als auch für den Fremdsprachenunterricht dient. Beherrschende Idee dahinter ist die Vorstellung von einem sprachenteiligen Europa, das die Vielfalt der Sprachen nicht als Belastung sieht, sondern sie sich zunutze macht für die vielfältigen Aufgaben, die Sprache in Europa und für seine internen und externen Beziehungen spielt. Möglichst viele Sprachen sollen in diesem System ihren Platz finden.

Die EU ist heute schon so groß und übt gerade auf die Staaten im Osten eine solche Attraktivität aus, dass sie hier als gemeinsames europäisches Integrationsprojekt gesehen wird. Das bringt mit sich, dass die EU gemeint ist, wenn es um die Sprachwahl in der gesamteuropäischen Politik geht, dass sich „Europa“ aber ansonsten eigentlich auf den gesamten Kontinent bezieht. Die Frage, wer dazugehört und wer nicht, bleibt ausgeklammert.

Die hier entworfene Sprachenordnung ist als parallel zu der Leitvorstellung eines Europas der Regionen zu sehen, in der regionale Strukturen die Vorherrschaft der Nationalstaaten auf vielen Seiten des Lebens ablösen. Eine komplementäre Sprachenlösung soll Ausgleich und Verständigung in Europa bringen und Konflikte mindern. Viele Aspekte des Themas können in diesem Artikel nur kurz angerissen werden. Insbesondere für mehr Beispiele zur Untermauerung meiner Ideen siehe Konrad (in Vorbereitung).

2 Sprachenpolitische Problemfelder in Europa

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat das (amerikanische) Englisch sowohl das Französische, das seit dem 17. Jahrhundert vorherrschende internationale Verhandlungssprache war, als auch das Deutsche, das vor allem als Bildungssprache in ganz Europa eine große Rolle spielte, in vielen Kommunikationsbereichen verdrängt. Gerade dieser Vergleich macht sehr schön deutlich, wie sprachliche Verhältnisse Machtverhältnisse widerspiegeln. Das Aufsteigen einer Sprache zur Weltsprache hat kaum etwas mit leichter Erlernbarkeit und schon gar nicht mit einer besonderen Eignung zu tun, auch wenn diese Argumente gern zugunsten des Englischen angeführt werden. Sprache ist Ausdruck politischer Einflussverhältnisse. Und wie diese sich ändern, so lösen sich Sprachen in ihrer Bedeutung ab (ausführlich bei Mattusch 1999). Einer Regelung für die EU als demokratischer und solidarischer Staatengemeinschaft muss es auch darum gehen, mit dieser Tradition so weit wie möglich zu brechen und zu mehr Ausgleich zu kommen.

2.1 Die Sprachenregelungen der EU

Die momentan elf nationalen Amtssprachen (alle Amtssprachen der Mitgliedsstaaten außer Lëtzebuergesch und Irisch), Dänisch, Deutsch, Englisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Schwedisch und Spanisch, sind die so genannten Gemeinschaftssprachen der EU. Sie sind als Amts- und Arbeitssprachen der EU vorgesehen, eine Unterscheidung zwischen beiden Status ist nirgendwo definiert und wird eigentlich nicht getroffen. Die EU folgt hier dem Prinzip des „integralen Multilingualismus“ und hebt sich damit grundlegend vom Arbeitssprachenprinzip anderer internationaler Organisationen ab. Ein Rechtstext erlangt erst dann Gültigkeit, wenn er in den elf Gemeinschaftssprachen in endgültiger Version vorliegt. Das Amtsblatt sowie offizielle Dokumente (Vertragstexte, Jahresberichte) erscheinen in allen elf Sprachen. Die Gemeinschaftssprachen werden bei Plenumssitzungen, Fraktionssitzungen und Ausschusssitzungen des Parlaments voll gedolmetscht, ebenso in der Kommission und im Rat - direkt jedoch nur ins Französische, Englische und/oder Deutsche, aus diesen dann erst in die übrigen Sprachen (Relaisübersetzung). Diese Regelungen gelten allerdings nur für Sitzungen auf höchster politischer Ebene, also für Sitzungen mit Mandatsträgern (Mitglieder des Europäischen Parlaments, Kommissionsmitglieder, Staatschefs, Minister). In Arbeitsgruppensitzungen und generell unter den Beamten der EU-Organe wird davon abgewichen und auf Arbeitssprachen zurückgegriffen.

So haben zwar alle Sprachen Anspruch auf Gleichbehandlung als Amts- und als Arbeitssprache, doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Konflikte um die Sprachenfrage in der EU rühren genau von diesem Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit bzw. von der Tatsache her, dass zwar alle Sprachen Amtssprachen, aber nur einige wenige Sprachen faktische Arbeitssprachen sind (Schloßmacher 1996; Witt 2000).

Von der Verfahrensweise bei den offiziellen Sitzungen und Konferenzen muss diejenige bei informellen Ministertreffen unterschieden werden. Für diese Treffen gibt es keine offizielle Regelung, und genau dies führte im Sommer 1999 zum „deutsch-finnischen Sprachenstreit“, der an dieser Stelle nur zusammenfassend wiedergegeben werden soll (ausführlich Konrad, in Vorbereitung). Aus dieser Angelegenheit lassen sich sehr gut einige grundlegende Probleme der Sprachenwahl in der EU und typische Verhaltensweisen einzelner Länder ablesen.

Bei informellen Ministertreffen gibt es nämlich nur eine „übliche“ Verfahrensweise, die letztendlich das gastgebende, das die EU-Präsidentschaft innehabende Land festlegt. Aus Kostengründen wird auf eine volle Verdolmetschung bei den Sitzungen verzichtet, zugelassen ist nur eine Gruppe von Arbeitssprachen. Wie weit diese gefasst ist, hängt immer auch vom

Tagungsort ab. Faktisch sind nur Englisch, Französisch und die Gastgebersprache (in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 also Finnisch) vorgesehen, und ob Deutsch auch zur „üblichen Regelung“, die kurioserweise beide Seiten für sich geltend machten, dazugehörte - genau dies war der springende Punkt im Sprachenstreit. Die finnische Seite behauptete, das Deutsche hätte nie zum etablierten Kreis der Arbeitssprachen gehört; womöglich seien die Deutschen nur deshalb anderer Meinung, weil das Deutsche in den zwölf Monaten davor eine so große Rolle gespielt habe (Deutschland und Österreich waren hintereinander Gastgeber gewesen). Die deutsche Seite behauptete dagegen, es sei angeblich mindestens seit 1990 immer auch eine Übersetzung ins Deutsche sichergestellt gewesen.

Der Sprachenstreit endete nach ein paar Wochen mit einem Kompromiss, doch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich die Position des Deutschen allgemein seit der Wiedervereinigung verbessert hat, hat das Auftrumpfen als bevölkerungsreichstes Land und „größter Nettozahler“ mit den entsprechenden Ansprüchen Irritationen bei den EU-Partnern hervorgerufen. Die ganze Affäre zeigt das Dilemma, in das die EU sich durch die jahrelange Umgehung und Tabuisierung des Themas gebracht hat. Die Unzufriedenheit einiger Länder kommt ebenso an die Oberfläche wie die unklare Position Deutschlands in der Sprachenfrage. Zwar war sowohl die Kohl- als auch die Schröder-Regierung bemüht, der deutschen Sprache mehr Geltung zu verschaffen (vgl. Ammon 2001), doch zielen diese Bemühungen eben nur auf eine Besserstellung des Deutschen, nicht auf eine einvernehmliche Klärung der Sprachenfrage ab. Es handelt sich um ein Thema, an dem sich anscheinend nur Diplomaten abarbeiten, während es kaum öffentlich diskutiert wird, und zu dem man (abgesehen von der F.A.Z.) kaum Stellungnahmen in den Medien findet. So habe ich den Eindruck, dass der Sprachenstreit eher eine willkommene Gelegenheit war, sich im Innern gegen den Vorwurf zu wehren, man tue in Brüssel nichts für die deutsche Sprache. Nur so lässt sich dieser „bisher beispiellos harte Vorstoß zugunsten des Deutschen“ (F.A.Z. 26.7.1999; frühere politische Vorstöße siehe bei Volz 1994 und Schloßmacher 1996) verstehen. Dass Deutschland allerdings ausgerechnet mit Finnland in Streit geriet, ist bemerkenswert, denn der finnische Ministerpräsident Paavo Lipponen spricht selbst gut Deutsch (vgl. DER SPIEGEL 30/1999), ist also quasi ein lebender Beweis für die kommunikative Reichweite des Deutschen, die auch Skandinavien und dort selbst ein mehrheitlich nicht indoeuropäisches Land umfasst.

Die Parlamentsarbeit findet auch im Europäischen Parlament (EP) ganz überwiegend in Ausschüssen statt. Dort wird, was die Sprache betrifft, nach einer gewissen Rangfolge der Wichtigkeit der Sitzung vorgegangen: Auf Fraktions- und Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments wird voll verdolmetscht, Sitzungsunterlagen werden in der Regel übersetzt (für eine Hierarchie der Sprachen sorgt hier die Zeitverzögerung, mit der die Übersetzungen zur Verfügung gestellt werden). Auf Arbeitsgruppensitzungen des EP und in der Verwaltung wird meist eine pragmatische Arbeitssprachenregelung getroffen. Michael Schloßmacher (1996) hat den Sprachgebrauch in solchen Arbeitsumfeldern genau erforscht. Demnach bevorzugen die Verwaltungsbeamten Französisch vor Englisch. Deutsch folgt mit weitem Abstand, was vor allem daran liegt, dass es nur von wenigen Nicht-Deutschsprachigen (also als Fremdsprache) gebraucht wird. Bei den Abgeordneten liegt Englisch leicht vor Französisch. Alle anderen Sprachen, das sei hinzugefügt, kommen nur in sehr speziellen Funktionen und Situationen zur Anwendung, es sei denn in muttersprachlich homogenen Gruppen.

Zur Charakterisierung der Sprachenregelung in der EU muss man also differenzieren: Während bei den Amtssprachen eine kostspielige Verfahrensweise gewählt wurde, die sich keine andere internationale Organisation erlaubt, korrespondiert die (nirgendwo festgeschriebene, aber praktizierte) Regelung bezüglich der Arbeitssprachen eher mit dem selektiven Multilingualismus einer internationalen Organisation wie den Vereinten Nationen.

Der Sprachenstreit und die vielen Einsprüche von Seiten Spaniens oder anderer Staaten zeigen allerdings die Unzufriedenheit mit den ungeschriebenen Regelungen.

Im August 2001 gab es weiteren Anlass zum Streit in der EU. Neil Kinnock, Kommissionsmitglied, hatte vorgeschlagen, vorläufige Fassungen eines Dokumentes nicht mehr in allen Sprachen, sondern nur noch in englischen, französischen und deutschen Versionen zu bearbeiten bzw. das Budget für die Übersetzungsarbeit in der Kommission derart zu kürzen, dass solche vorläufigen Papiere nicht mehr in allen Sprachen vorliegen würden. Dieser Vorschlag gehört zu einem Reformprogramm, das die EU-Verwaltung effizienter und „fit“ für die Aufnahme weiterer Länder machen soll. Denn gerade im sprachlichen Bereich sind die Möglichkeiten der internen Arbeit endgültig erschöpft, das weiß auch die Kommission (Daily Telegraph 15.8.2001). Neil Kinnock wurde daraufhin vorgeworfen, die Rolle des Englischen gegenüber den anderen Sprachen weiter stärken zu wollen. Deutschland und Frankreich legten offiziell Protest ein. Die Antwort darauf war beschwichtigend dahingehend, dass nur interne Dokumente betroffen sein sollten und das Sprachenregime insgesamt nicht angetastet würde. Außerdem sei es eine Sache der Kommission, die die Mitgliedsstaaten nichts angehe. Doch gerade hier liegt die Crux: im eklatanten Fehlen einer unter allen Partnern abgestimmten zeitgemäßen Sprachenpolitik - einer Regelung, die nicht bürokratisch angeordnet oder überkommen, sondern neu demokratisch ausgehandelt ist.

2.1 Die Problematik der Minderheitensprachen

Auf der Ebene der Mitgliedsstaaten der EU verfährt jedes Land nach seinem Recht. Dies wäre hier kaum der Rede wert, gäbe es nicht in Europa eine ganze Reihe Regional- und Minderheitensprachen. Und für die bedeutet die EU-Sprachenregelung, dass sie von jeglicher Funktionsübernahme in Europa ausgeklammert bleiben, denn es fehlt ihnen diese Bedeutung ja schon auf der Ebene des Staates. Auch Sprachen, die zwar durchaus offiziellen Charakter haben, aber eben nur regional, bleiben außen vor (zum Beispiel die spanischen Regionalsprachen). Glück haben sozusagen die Sprecher einer Minderheitensprache, die Mehrheitssprache eines anderen Landes ist:

Since there has never been a close fit between language and state in Europe, three of Belgium's languages are in use, Dutch, French and German, and two of Finland's, Finnish and Swedish, whereas the only language from Spain is Spanish, even though there are more speakers of Catalan than of Danish or Finnish. (Robert Phillipson bei Guardian Unlimited 19.4.2001)

Die bestehende Regelung ist überkommen aus der Gründungsphase der EWG. In den 1957 beteiligten Ländern war die Problematik der Regionalsprachen nicht vorhanden (Deutschland) bzw. wurde nach der unrealistischen Logik der Entsprechung von Sprache und Nation/Staat in der öffentlichen Diskussion unterdrückt (Frankreich, Einfluss de Gaulles); die Thematik der Immigrantensprachen existierte in dieser Zeit ebenfalls erst in Ansätzen. Dass sich die Verhältnisse inzwischen geändert haben und dass heute ein Problembewusstsein bzgl. der Minderheitensprachen vorhanden ist, zeigt, wie wichtig eine integrierte Neuregelung ist.

Die Situation der verschiedenen Minderheitensprachen in den Ländern Europas ist sehr unterschiedlich, es ist kein größerer Trend erkennbar. Während sich Friesisch in Holland, Slowenisch in Österreich, Italienisch in Slowenien und das Irische allgemein eher auf dem absteigenden Ast befinden, befinden sich die verschiedenen Minderheiten in Italien und Spanien eher auf dem aufsteigenden Ast (vgl. Mattusch 1999); während es keinen Durchbruch beim Baskischen in Frankreich gibt, hat das Bretonische dort durch den Aufbau einer privaten bretonischsprachigen Fernsehstation eine wichtige Förderung erfahren. „Stark im Kommen“ ist auch das Walisische.

Insgesamt kann also nicht von einer Gleichberechtigung der europäischen Sprachen gesprochen werden, was nach Coulmas auch daran liegt, dass die EU trotz anders lautender Statements „der Vielsprachigkeit nicht an und für sich freundlich gegenübersteht“ und dass Sprachen

auch innerhalb der EG Gegenstand nationaler, nicht europäischer Politik [sind]. Der Multilingualismus der EG ist so gesehen ein Reflex der Sprachenpolitik der Mitgliedsländer, die den traditionellen Nationalsprachen eine privilegierte Stellung einräumen. [...] Die Idee der Nationalsprache ist aufs Engste mit der des Nationalstaats verknüpft. In dem Maße, wie aus der EG das wird, was sie nach der erklärten Absicht ihrer Mitglieder werden soll, nämlich eine supranationale Organisation und nicht lediglich ein internationaler Zusammenschluß, verliert die Privilegierung der Nationalsprachen an Plausibilität. (Coulmas 1991: 34)

Die heutige Situation führt dementsprechend zunehmend zu Unzufriedenheit bei den betroffenen Sprachgemeinschaften. Das Katalanische hat, ausgehend von der Dynamik, die es innerhalb Spaniens entfaltet, sicherlich die besten Chancen, etwas daran zu ändern, Vorstöße hat es bereits unternommen: 1990 stellten die spanischen autonomen Gemeinschaften Kataloniens und der Balearen beim Europäischen Parlament den Antrag, Katalanisch zur Amtssprache der Union zu machen. Sie beriefen sich auf das Argument der Sprecherzahl: Mit welcher Legitimation werden die über sechs Millionen Katalanischsprecher gegenüber den nur fünf Millionen Dänen benachteiligt? Sie hatten insoweit Erfolg, als es inzwischen tatsächlich Übersetzungen grundlegender Texte ins Katalanische gibt (vgl. F.A.Z. 14.3.2001).

Ganz unabhängig von dieser Regelung ist von Seiten des Europarates eine Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen entstanden - datiert vom 5.11.1992 (vgl. Arntz 1998). Damit gibt es zum ersten Mal verbrieft Bestimmungen zum Schutz und zur Förderung der Minderheitensprachen in den Unterzeichnerländern.¹ Die Charta und das 1994 ergänzte Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten werden aus völkerrechtlicher Sicht sehr gemischt beurteilt. Sie gelten als Durchbruch beim Minderheitenschutz, doch die vielen enthaltenen Kompromisse werden negativ gesehen. Diese treten vor allem immer dann ein, wenn es um die Einheit des betreffenden Staates und seine Definitionsmacht zum Beispiel im Unterrichtswesen sowie um die Vorrangstellung der jeweiligen Staatssprache geht. Man rechnet dennoch damit, dass die Dokumente moralischen Druck im Sinne ihrer Bestimmungen auf die entsprechenden Länder ausüben (ausführlich Arntz 1998). Das Europäische Parlament hat die Mitgliedsländer der EU in einer EntschlieÙung vom 9.2.1994 aufgefordert, der Charta beizutreten. Ansonsten hat die EU bisher wenig konkrete Initiativen bei der Problematik der Förderung der Regionalsprachen gezeigt, insbesondere gibt es keinen Versuch, auf die Sprachgesetzgebung der Mitgliedsländer einzuwirken.

2.3 Die Tabuisierung des Sprachenthemas

Der Versuch der Durchsetzung der eigenen Sprache ist nicht nur eine Sache des Prestiges oder des Nationalstolzes. Zwei weitere Punkte sind hier außerdem noch wichtig. Erstens: EU-Recht wird wie erwähnt zu Recht in den Mitgliedsstaaten. Da ist es verständlich, dass man auf entstehende Vorschriften so viel Einfluss wie möglich haben will, und dies funktioniert am besten, wenn diese in der eigenen Sprache existieren oder wenn der Einsatz eines Dolmetschers/Übersetzers garantiert ist. Es geht um Transparenz für alle Bürger und die Möglichkeit der Partizipation auch für Leute, die keine Fremdsprachen sprechen. Auf den Internetseiten der Union findet sich dieser Aspekt als offizielle Begründung für die Regelung (<http://europa.eu.int>).

Zweitens sollte der wirtschaftliche Aspekt nicht vergessen werden: Ein Land, dessen Sprache international weit verbreitet ist, hat es auf dem Exportmarkt leichter. Da die bestehende Situation also auf der einen Seite klare Nutznießer hat und sich auf der anderen Seite niemand durch einen Vorstoß hin zu einer anderen Regelung dem Verdacht der Instrumentalisierung von Sprache für ideologische Zwecke, des Nationalismus, mangelnder Weltläufigkeit oder der Geldverschwendung für mehr Sprachmittlung aussetzen will, bewegt sich wenig. Das Konfliktpotenzial wird dabei als größer angesehen als das Kostenproblem.

Dabei fallen die Nachteile und die Ungleichheiten der Sprachenregelung sofort ins Auge: 110 verschiedene Sprachkombinationen müssen für jede Konferenz der Kommission und jede Plenarsitzung des Parlaments gedolmetscht werden, die EU leistet sich den größten Dolmetscher- und Übersetzerdienst der Welt. Und wie bereits angedeutet, kann dieser seine Arbeit auch nur über Relaisverdolmetschung, also mit Hilfe von Englisch, Französisch und Deutsch als „Zwischensprachen“, leisten.

Dieses umständliche Verfahren macht aber eine wahre Verständigung kaum möglich. Zeitverzögerung, erhöhte Fehleranfälligkeit und der Umstand, dass der Stil des Redners verloren geht, sind mit dafür verantwortlich, dass Parlamentsdebatten in Brüssel und Straßburg so öde sind. (F.A.Z. 14.3.2001)

Und nicht nur dieses mühselige Verfahren, auch die Qualität der Übersetzung gilt als zweifelhaft:

The translations produced in the world's largest translation bureau are taken as tokens for equality: what counts is that they exist, not what they are like - many EU officials doubt their accuracy and openly prefer to read the more reliable English and French originals. (Juliane House bei Guardian Unlimited 19.4.2001)

Der Multilingualismus ist also nicht so integral, wie er vorgibt, denn in der täglichen Praxis in Kommission und Rat sind Englisch, Französisch und teilweise auch Deutsch de facto interne Arbeitssprachen. Dies ist gewissermaßen das Hauptergebnis der Untersuchungen von Michael Schloßmacher (1996). Unabhängig davon gibt es innerhalb dieser Dreiergruppe eine dynamische Entwicklung zugunsten des Englischen, das sich in Brüssel trotz des Standortes und des französisch geprägten Verwaltungssystems immer weiter in den Behörden und als Sprache der Akten durchsetzt, so dass der Status quo schon lange Schiefelage hat:

Working documents are seldom available in all 11 languages. In 1970, 60 % of texts in the Commission were initially drafted in French, and 40 % in German. In 1989 the figures were French 50 %, German 9 %, and English 30 %. By 1997 the figures were French 40 % and English 45 %, leaving only a sprinkling in other languages. In external communication, English is generally used. These figures reveal the de facto hierarchy of languages in Brussels and Strasbourg. (Robert Phillipson bei Guardian Unlimited 19.4.2001)

Deshalb sind mit der Regelung nicht nur Deutschland, Italien und Spanien unzufrieden. Die Deutschen bemängeln den wackeligen Status ihrer Sprache, die Franzosen sehen ihre Sprache (eine der Gründungssprachen der EU) durch das erst später dazugekommene Englische überholt, eine Entwicklung, die durch den Beitritt Schwedens und Finnlands verstärkt wurde und die wahrscheinlich durch die Osterweiterung noch weiter verstärkt werden wird.

Doch gerade die bevorstehende Osterweiterung, die 2004 beginnen soll, müsste zur Lösung der Sprachenfrage führen und eine langfristige Perspektive in die Diskussion einführen. Es dürfte klar sein, dass eine Fortführung des bisherigen Systems der

Gleichberechtigung nicht ohne noch größere Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten ist, denn von nun ab würde jeder der Kandidaten eine neue Sprache mitbringen: Polnisch, Ungarisch, Tschechisch, Slowenisch, Estnisch, Lettisch, Litauisch und so weiter. Entscheidet sich Norwegen eines Tages doch noch für einen Beitritt, bringt es zwei heimische Amtssprachen mit: Bokmål und Nynorsk. Die Kosten der Mehrsprachigkeit steigen mit jeder Sprache nicht linear, sondern exponentiell². Der Sprachendienst der EU dürfte endgültig zusammenbrechen, kommt es zusätzlich zur politisch gewollten Osterweiterung noch zu einem weiteren Erstarren von Minderheitensprachen.

3 Entwurf einer europäischen Sprachenordnung

Die Sprachenfrage wurde in der Union bisher umgangen, und inzwischen sind die Positionen so verhärtet, dass es immer schwerer fällt, eine befriedigendere Lösung als die bestehende zu finden. Im Folgenden soll ein Vorschlag dazu gemacht werden. Aus der Vielzahl an Modellen, die es für Sprachenregelungen in internationalen Institutionen gibt - Leitsprachenmodell/monolinguale Lösung, exoglossisches Modell (Wahl einer unbeteiligten Sprache), Plansprachenmodell (Esperanto), Modell der rezeptiven Mehrsprachigkeit/Semikommunikation („polyglotter Dialog“: jeder spricht seine Muttersprache mit dem Gesprächspartner, der diese passiv beherrscht³), selektiver Multilingualismus - werden jeweils die geeignetesten Aspekte übernommen und zu einer Sprachenordnung zusammengefügt.

Eine solche europäische Sprachenordnung muss folgendem Grundgedanken gehorchen: Die vielfältigen Aufgaben, die Sprache im „Kommunikationsraum Europa“ übernimmt - in Gesellschaft und Wirtschaft im Allgemeinen, in der Politik im Besonderen -, müssen in einem komplexen System von Ebenen und Kategorien geordnet werden, und so viele Sprachen wie möglich müssen über die verschiedensten Funktionszuweisungen und Aufgaben in dieses System einbezogen werden.

Folgende Ebenen lassen sich unterscheiden:

1. die Verfassung allgemein gültiger Dokumente der Europäischen Union (Prinzip: „erweiterter integraler Multilingualismus“),
2. die Arbeitssprachen der europäischen Gremien (Prinzip: „selektiver Multilingualismus“),
3. die Amts- und Arbeitssprachen der Mitgliedsstaaten und ihrer Regionen (Forderung: Normalisierung der Minderheitensprachen),
4. die private und geschäftliche Kommunikation auf internationaler Ebene (Nebeneinander von Adaption von Fremdsprachen, Semikommunikation/rezeptiver Mehrsprachigkeit und Gebrauch des Englischen oder anderer Sprachen als Lingua franca).

Quer durch die Ebenen gilt es außerdem zu unterscheiden, welche kommunikativen Aufgaben, welche sozialen Funktionen welche Sprache am besten erfüllen kann. Hier sind zu unterscheiden: Dokumentensprache, Arbeitssprache, Staatssprache, Kundensprache, Regionalsprache, Nachbarsprache, Brückensprache, Kontaktsprache (vgl. dazu 3.1-3.5). Indem bei der Verteilung der Aufgaben auf die Sprachen in Europa auch viele „kleinere“ Sprachen und prinzipiell auch die Minderheitensprachen zum Zuge kommen können, findet politischer Ausgleich statt. Im Sinne einer integrierten Herangehensweise wird die EU-politische Ebene hier ebenso wie die „ganz normale“ Gesprächsebene im Alltag behandelt, wobei davon ausgegangen wird, dass die Regelung auf der politischen Ebene grundsätzlich positive Wirkung auf das Sprachverhalten auch in der gesamten Gesellschaft haben kann.

In der linguistischen Literatur finden sich immer wieder Hinweise auf ähnliche Vorstellungen; vgl. die Begriffe „komplementäre Lösung“ des Sprachenproblems (Pfeiffer 1992) oder „funktionale Differenzierung“ der Sprachen bzw. „ausbalancierter Sprachenpluralismus“ (Haarmann 1993) - der Begriff „Sprachenordnung“ kommt bei Kremnitz (1997) vor. Einen konkreten Vorschlag macht jedoch niemand.

Haarmann will mit dem Prinzip der funktionalen Differenzierung ausdrücklich zu einem Ausgleich unter den Sprachen kommen, auch wenn dieses Prinzip vorsieht, dass sich einige Sprachen auf bestimmte Rollen und Aufgaben beschränken:

Es ist weder sinnvoll noch erforderlich, daß das Ladinische Amtssprache in Brüssel wird. Für die amtlichen Zwecke besitzen wieder andere Kommunikationsmedien einen funktional festgelegten Eigenwert, z. B. das Italienische für die Ladinen. Unter Beachtung der funktionellen Differenzierung reduziert sich das Konfliktpotential, das bisher an die sprachpolitische und soziokulturelle Rivalität konkurrierender Sprachen gebunden war. Ein ausbalancierter Sprachenpluralismus liefert die konstitutiven Elemente für die Ausformung einer europäischen Identität und den Ausbau der Integration. (Haarmann 1993: 317)

Die Ausbalancierung muss natürlich dadurch gewährleistet sein, dass die betreffende Sprache auf ihrer angestammten Ebene volle Funktionalität hat bzw. erhält. Im Beispiel des Ladinischen ist dies die lokale, beim Dänischen wäre es die nationale Ebene. Der „Platz“ einer Sprache in der Sprachenordnung richtet sich also nach ihrem kommunikativen „Wert“ für alle Sprecher im Kommunikationsraum Europa. Das heißt zum Beispiel: volle Ausbreitung, sprich Normalisierung einer Regionalsprache auf regionaler Ebene gegen Verzicht auf die Durchsetzung sprachlicher Ansprüche auf höheren Ebenen. Die kommunikativen Bedürfnisse der Bürger auf den höheren Ebenen müssen von einer anderen Sprache übernommen werden. Zweit- und Fremdsprachenkenntnisse werden hier äußerst wichtig.

Pfeiffer plädierte bereits 1992 für einen ähnlichen Ansatz: Statt der Extrem Lösungen eines integralen Multilingualismus einerseits oder der Alternative „English only“ andererseits fordert er eine komplementäre „Sowohl als auch“-Lösung. Und genau dies scheint mir auch das in der Bevölkerung am ehesten durchsetzbare Modell zu sein. Die öffentliche Meinung schwankt nämlich genau zwischen diesen Polen einer pragmatischen Lösung (also Englisch) und dem Willen, eine demokratische Lösung zu finden: Laut einer schriftlichen Befragung unter Bürgern aller EU-Staaten finden es 89,2 % der Bürger wünschenswert, die sprachliche Vielfalt Europas zu schützen und zu bewahren (Witt 2000: 102). Demgegenüber steht das folgende Umfrageergebnis: 70 % der Europäer glauben, dass jeder in der EU Englisch lernen sollte (Guardian Unlimited 30.3.2001). Dementsprechend wird man auf das Englische in einer herausragenden Funktion nicht verzichten können.

3.1 Die Dokumentensprachen der EU

Es wurde bereits gesagt, dass die heute bestehende Regelung auf einem demokratischen Prinzip beruht, auf das großen Wert gelegt wird: dem der Transparenz für Bürger und Mandatsträger. Dieses Prinzip sollte beibehalten werden, doch in der hier vorgeschlagenen Sprachenordnung soll es beschränkt werden auf die endgültigen Versionen der zu veröffentlichenden Dokumente und auf Texte von größter Wichtigkeit. Die Beschränkung sorgt dafür, dass sich eine Effizienzsteigerung und Beschleunigung der Arbeit ergibt, so dass auf dieser Ebene der Sprachenkanon eventuell sogar noch auf wichtige Regionalsprachen erweitert werden kann. Die Sprachen, die auf dieser Ebene Beachtung finden, werden zu Dokumentensprachen der Europäischen Union. Dies sind die bisherigen elf, dazu eventuell also das Katalanische und andere, später dann Polnisch, Tschechisch, Estnisch usw.

3.2 Die Arbeitssprachen der europäischen Gremien

Was Parlament und Ausschüsse angeht, sollten Arbeitssprachen ausgewählt werden, die von allen benutzt werden. Ganz nach dem Vorbild anderer multinationaler Organisationen würde sich die EU am Prinzip des selektiven Multilingualismus orientieren. Die Entstehung von Texten liefe über Arbeitssprachen ab, Mitwirkende wären auf Fremdsprachen angewiesen. Dies kann meines Erachtens kein großes Problem sein, denn wer in Brüssel arbeitet, zeichnet sich zweifelsohne durch eine hohe Qualifizierung aus. Für Plenarsitzungen im Parlament oder einzelne wichtige Debatten ist auch asymmetrische Verdolmetschung aus allen Muttersprachen in ausgewählte Arbeitssprachen denkbar, denn auf das Reden in ihrer Muttersprache legen die Abgeordneten großen Wert (vgl. Schloßmacher 1996).

Nun zur entscheidenden Frage: Welche Arbeitssprachen? Folgende Sprachen kommen in Frage: Sprachen, die sich durch Bevölkerungs-, wirtschaftliche und politische Stärke auszeichnen (Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch); Sprachen, die bereits Weltstatus haben, also Englisch, Französisch und Spanisch (sehr eingeschränkt: Deutsch), und Sprachen, die bereits wichtige Funktionen bei der Arbeit der EU übernehmen: Englisch (Wirtschaft, Handel, Technologie, Wissenschaft) und Französisch (interne Verwaltung). Die Schnittmenge der genannten bilden Englisch und Französisch, und schon heute, trotz erheblichen Dolmetschtaufwandes, spielen diese Sprachen ja die Hauptrolle. Haarmann (1993: 333) plädiert für die Aufnahme des Deutschen als Arbeitssprache und des Spanischen als „externe Amtssprache“ für den gesamten Bereich der Kontakte mit Lateinamerika.

Der französische Linguist Claude Hagège (1996) plädiert für die These, dass vorrangig die Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch als Gemeinschaftssprachen für ein geeintes Europa dienen können. Für ihn gibt es eine „Berufung“ jeder dieser drei Sprachen, die sie dadurch erlangt hätten, dass sie im Laufe der Geschichte über ihr Ursprungsland hinaus weitgehende Verbreitung gefunden hätten. Auch Ulrich Ammon beschäftigt sich mit der Frage. Für ihn stellt „unter allen Kombinationsmöglichkeiten das Trio Englisch, Französisch und Deutsch die attraktivste Konstellation dar. Dabei übernehme Englisch zweifelsfrei die Rolle der Hauptverkehrssprache.“ (zit.n. F.A.Z. 14.3.2001; vgl. auch den Begriff „sprachliche Dreieinigkeit Europas“ bei Schröder 1995). Witt fragte Bürger aus verschiedenen EU-Ländern unter anderem nach den Sprachen, die bei einer Einschränkung der Zahl der Arbeitssprachen diesen Status behalten sollten; er erhielt Englisch, Französisch und Deutsch als häufigste Antworten (2000: 104). Ich schließe mich dem Gesagten an und plädiere ebenfalls für Englisch, Französisch und Deutsch als interne Kernarbeitssprachen. Da ein Umgang mit drei Sprachen gut funktionieren müsste (und ja bereits eingeschränkt praktiziert wird), kann eine Dreierregelung hoffentlich auch verhindern, dass sich wieder faktische Statusunterschiede ergeben. Bei vier oder fünf Sprachen würde es dazu leichter kommen.

Die Argumente für die Aufnahme des Deutschen seien im Folgenden noch einmal zusammengefasst (ausführlich Konrad, in Vorbereitung).

1. Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache in einem Europa ohne Russland, mit großem Abstand zu den nachfolgenden. Doch ein weiterer Umstand zeichnet das Deutsche vor allen anderen Sprachen in Europa aus: Es lebt auch in fast allen Nachbarländern Deutschlands und Österreichs, meist sogar mit offiziellem Status: neben der Schweiz in Liechtenstein, Italien (Südtirol), Luxemburg, Belgien und Dänemark, eingeschränkt auch in Frankreich (Elsass). Dazu kommt die Wirtschaftskraft. Dieses Argument entspricht zwar nicht dem vorgegebenen Charakter der EU als einer Solidargemeinschaft, doch ist es nicht von der Hand zu weisen, zumal ja auch in anderen Politikbereichen die Wirtschaftskraft eines Mitgliedslandes

Entscheidungen beeinflusst und es auch begründbare Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sprache gibt (vgl. Bouillon & Vlieghe 2001).

2. Deutschland war eines der Gründungsländer der Europäischen Union. In den „Tagesthemen“ vom 18. Juli 1999 wurde Deutsch neben Französisch als „die Ursprache in der Gründungsgeschichte Europas“ bezeichnet, das Argument der Tradition fällt also ebenso ins Gewicht wie das der numerischen Stärke. Der französische Staatspräsident Chirac betonte im Dezember 2000 auf der Konferenz von Nizza, als es um die Stimmenzahl Deutschlands im EU-Ministerrat ging, dass „die grundsätzliche Gleichstellung beider Partnerstaaten seit 1950 die Geschäftsgrundlage der europäischen Integration“ sei (F.A.Z. 6.6.2001). Dieses Prinzip ließe sich leicht auf die Stellung der Sprachen übertragen.

3. Kenntnisse des Deutschen als Fremdsprache sind in den europäischen Staaten weiter verbreitet, als man oft meint, wenn sie auch sehr ungleich verteilt sind. Ammon (2001: 36) zitiert Untersuchungen, in denen herausgefunden wurde, dass 88 % der Luxemburger sich an Gesprächen in Deutsch beteiligen können (gefragt wurde also nur nach recht guten Kenntnissen); des Weiteren 60 % der Niederländer, 47 % der Dänen und immerhin 8 % der Briten, 7 % der Franzosen und 5 % der Griechen, um nur einige zu nennen. Für Osteuropa ergibt sich folgendes Bild: Tschechien 32 %, Slowenien 30 %, Kroatien 16 %, Lettland 15 %, Polen 13 %, Estland 11 %, Ungarn 8 % und selbst in Georgien und Kasachstan noch 5 % sowie in Bulgarien und Weißrussland noch 4 %. Vergegenwärtigt man sich eine Europakarte, erkennt man, dass Deutschkenntnisse gewissermaßen in konzentrischen Kreisen abnehmend um das deutsche Sprachgebiet herum verbreitet sind. Viele der zukünftigen mittel- und osteuropäischen EU-Beamten werden neben Englisch Deutsch als Fremdsprache sprechen, seltener Französisch (zum Deutschen in Osteuropa vgl. Ammon 1994; Mattusch 1999; Riehl 2001; für eine gegenteilige Meinung Schloßmacher 1996). Mit diesem Argument stützt übrigens auch die Bundesregierung ihre Bemühungen um mehr Geltung für die deutsche Sprache.

Was die Verhältnisse in Europa betrifft, sprechen die Argumente also zweifelsohne für das Deutsche, doch spielt die globale Situation unzweifelhaft in die Diskussion um die Sprachenfrage immer wieder hinein. Und hier haben das Englische und das Französische einen Vorteil, den das Deutsche nicht besitzt. Ein zweiter Grund für die mittelmäßige Position des Deutschen ist seine mangelnde Verbreitung als Fremdsprache, wie Schloßmacher (1996: 55) belegt. Dennoch lässt sich zusammenfassend sagen, dass die kommunikative Reichweite des Deutschen in Europa erstaunlich gut und durchaus mit der des Englischen oder Französischen zu vergleichen ist: 42 % der EU-Bevölkerung können auf Englisch, 31 % auf Deutsch und 29 % auf Französisch kommunizieren (Eurobarometer Nr. 41, Juli 1994: 36, zit. n. Ammon 2001: 40) Für die EU-Institutionen bedeutet das:

Wenn man sich eine typische EU-Sitzung vor Augen hält, so könnte man sagen, dass abgesehen von den deutschen Muttersprachlern die Luxemburger, Niederländer, viele Belgier und Skandinavier Deutsch verstehen. Ganz zu schweigen von Vertretern aus den Ländern Ost- und Mitteleuropas, die einen EU-Beitritt anstreben und oftmals noch recht gut Deutsch verstehen. Ein Redner, der sich des Deutschen bediene, könnte mindestens genauso gut verstanden werden, als wenn er Englisch oder Französisch zu sprechen versuche, sagen Dolmetscher. Die dennoch zurückgehende Bedeutung der deutschen Sprache führen sie darauf zurück, dass die Deutschen und Österreicher ihre Muttersprache mit zu wenig Selbstbewusstsein praktizierten und sich stattdessen verleiten ließen die Weltsprache Englisch zu sprechen, um als weltgewandt zu gelten. (F.A.Z. 6.7.1999)

Die Arbeitssprachen in den politischen Gremien wären später auch vorstellbar als Arbeitssprachen für europäische Organe wie Polizei, Verwaltung, Zoll und Streitkräfte. Gesamteuropäische Medien könnten sie übernehmen. Die Transparenz der Arbeit der EU für den Bürger hängt übrigens eher weniger davon ab, dass die in der Muttersprache einsehbar ist. Diese Aufgabe übernehmen seit jeher die Medien, es ist ihre Aufgabe, hier eine „Übersetzungsleistung“ zu erbringen, die gar nicht in erster Linie sprachlicher, sondern inhaltlicher Natur ist. Die Beteiligung des Bürgers läuft über Organisationen, auch hier sind Einfluss und Position wichtiger als die Sprache, in der man sich Gehör verschafft. Dies scheint eine Position zu sein, die auch in der Bevölkerung durchaus breite Akzeptanz findet: Bei Witt (2000: 103) bejahen nur 44,8 % der Befragten die Frage, ob ihre Interessen von Politikern ihres Landes nur in der jeweiligen Landessprache wirksam vertreten werden können (45,7 % nein, 9,5 % keine Meinung).

Dazu passen folgende von Schloßmacher ausgemachte Haltungen der EU-Agierenden: Die Beamten sind mehrheitlich (78 %) für die Einführung einer Arbeitssprachenregelung - möglichst der Kombination Französisch/Englisch oder Französisch/Englisch/Deutsch -, doch auch die Abgeordneten sind zu 41 % dafür. Sie wollen allerdings den Kreis der ausgewählten Sprachen größer wissen: Sie bevorzugen Regelungen mit vier bis fünf Sprachen, die neben Englisch und Französisch mindestens auch Deutsch und Spanisch mit einbeziehen (vgl. Schloßmacher 1996).

Zusammenfassend lässt sich also über die Reform der Sprachenregelung für die EU - Kernpunkt einer europäischen Sprachenordnung - festhalten, dass eine festgelegte Differenzierung zwischen Amts- bzw. Dokumentensprachen und Arbeitssprachen eingeführt werden sollte. Viele Amtssprachen für einige zentrale Texte ständen der alltäglichen Kommunikation in wenigen Arbeitssprachen gegenüber. Unter den Arbeitssprachen gäbe es eine Arbeitsteilung, die sich aus ihrem bestehenden Kommunikationspotenzial ergäbe: Englisch wäre universal einsetzbare Verkehrssprache, Französisch die interne Sprache der EU-Verwaltung. Deutsch könnte die Sprache für breite innereuropäische Kommunikation und die Einbeziehung des Ostens sein, weitere Sprachen hätten als Kontaktsprachen zusätzliche wichtige Funktionen für Europa.

3.3 Die Amts- und Arbeitssprachen der Mitgliedsstaaten und ihrer Regionen

Im viel beschworenen Europa der Regionen muss es grundsätzlich wünschenswert sein, dass Regional- und Minderheitensprachen innerhalb ihres angestammten Sprachgebiets in Zukunft mehr Rechte eingeräumt bekommen als bisher. Hier müssen sich im Laufe der Zeit mindestens die oben beschriebenen Bestimmungen der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen durchsetzen. Die Minderheitensprachen müssen von Seiten des Staates gefördert werden, ihr Gebrauch auf lokaler und regionaler Ebene sollte unterstützt werden. Dieser Prozess, in der Soziolinguistik Normalisierung genannt, umfasst auch die Förderung von Presse, Rundfunk und Fernsehen ebenso wie eine Regelung für Ortsnamen auf regionaler Ebene, die auf nationaler Ebene Anerkennung findet.

3.4 Sprache in Wirtschaft und Wissenschaft in Europa

Gerade im Vorfeld der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes vor einigen Jahren wurde immer wieder betont, dass das damit einhergehende wachsende innereuropäische Handelsvolumen und die Freizügigkeit der Arbeitsplatz- und Wohnortwahl endlich einen Ausbau des Fremdsprachenunterrichts in den Schulen nach sich ziehen müssten, da sonst der Bedarf des Arbeitsmarktes an sprachlich Qualifizierten nicht zu decken sei. Dabei wird immer wieder mehr oder weniger unkritisch davon ausgegangen, dass der Binnenmarkt tatsächlich

Bedarf an sprachkundigen Arbeitnehmern schafft. Doch ist der Bedarf wirklich so hoch wie gern von Seiten der Sprachwissenschaften behauptet?

Nies (1996: 18) referiert eine vom Institut der Deutschen Wirtschaft durchgeführte Umfrage: Dieser zufolge benötigen 97 % der Unternehmen im deutschen Wirtschaftsraum Englisch, 72 % Französisch, 50 % Spanisch, 28 % Italienisch und 13 % Russisch. Auch in anderen Ländern überwiegt Englisch. Französisch ist in westeuropäischen Ländern wie Großbritannien und Italien etwas mehr gesucht als Deutsch, in Ungarn und Polen ist dagegen Deutsch weitaus mehr gefragt als Französisch (vgl. Ammon 1994).

Sehr interessante aktuelle Ergebnisse zum Thema sind in Bouillon und Vlieghe am Beispiel Belgiens dargestellt: Die Autoren teilen das sprachliche Verhalten einer Firma in Adaption („Verwendung der Landessprache des Geschäftspartners“), Standardisierung („Verwendung des Englischen als Lingua franca“) und Nicht-Adaption („Verwendung der eigenen Landessprache“) ein (2001: 568). Sie interessierte dann die Einstellung von (belgischen) Managern zur Sprachenwahl im europäischen Handel. Insgesamt kommen sie zu folgendem Gesamtergebnis, das eine hervorragende Basis einer europäischen Sprachenordnung abgibt, weil die Kräfte der Wirtschaft für problemlose Verständigung einerseits und über das Prinzip Nachbar- bzw. Kundensprache für den nötigen Ausgleich andererseits sorgen: Die englische Sprache hat eine „Schlüsselrolle für den europäischen Handel“, ihre Verwendung

als Lingua franca ist also von größter Wichtigkeit. [...] Andererseits wird stark für Diversifikation plädiert. Die Sprachen der Nachbarländer und der wichtigsten Geschäftspartner sollten auf jeden Fall in zunehmendem Maße verwendet werden. (Bouillon & Vlieghe 2001: 577-8)

Aufbauend auf der Erkenntnis, dass „Wirtschaftsinteraktion selten völlig einsprachig“ abläuft (Bouillon & Vlieghe 2001: 568), könnte in naher Zukunft auch Semikommunikation bei internationalen Kontakten eine Rolle spielen, wenn eine breite Einführung dieser Form der Kommunikation auf die eine oder andere Weise gelingt.

Die entscheidende Funktion einer Fremdsprache für eine Firma ist die der Verständigung mit dem Kunden. Klassischerweise gilt dies für den Export, und in exportabhängigen Ländern wie Deutschland (oder eben Belgien) macht sich dies besonders bemerkbar. In der heutigen Dienstleistungswirtschaft, in der der Kunde das Verhalten des Dienstleisters bzw. Lieferanten sehr stark bestimmt und enge Kundenbindung ein wichtiges Ziel vor allem kleinerer Firmen ist, trifft zu: Die beste Sprache ist die des Kunden. Die Untersuchungen von Bouillon und Vlieghe bestätigen dies, denn 63 % der befragten belgischen Unternehmen verwenden im Umgang mit deutschen Unternehmen das Deutsche (2001: 571). Der Gebrauch des Englischen oder die Nicht-Adaption ist für eine Firma eher möglich, wenn sie als Importeur bzw. Nachfrager auftritt. Was das Deutsche betrifft, fanden die Autoren übrigens heraus, dass rund 78 % der Befragten das Deutsche für eine wichtige bzw. sehr wichtige Geschäftssprache in Europa halten, knapp 46 % schreiben ihm eine bedeutende Rolle im Handel mit Osteuropa zu (2001: 575). Auch hier zeigt sich, dass im wirtschaftlichen Bereich vielleicht mit mehr sprachlicher Differenzierung zu rechnen ist als durch die allgemein beklagte Dominanz des Englischen angenommen wird.

Wenn das Prinzip der Kundensprache im Kleinen gilt, lässt es sich auch auf das Große übertragen: Lateinamerika und Länder der Francophonie sind Märkte der Zukunft; hier gilt: jeder Markt ist am besten über die Muttersprache der jeweiligen Sprachgemeinschaft zugänglich. Dieses Argument spielt also für den Außenhandel der EU eine große Rolle, und deshalb sollten hier Französisch, Spanisch und Portugiesisch nicht vergessen werden.

Ein Bereich, auf dem der Vormarsch des Englischen allerdings kaum zu stoppen ist, ist der der Wissenschaft und Technologie, denn ein wesentlicher Teil der wissenschaftlichen,

technologischen und politischen Literatur ist englischsprachig. Dazu kommen die steigende Bedeutung des Internet für Wirtschaft und Kommunikation. Im Rahmen einer europäischen Sprachenordnung muss es allerdings auch Ziel sein, andere Sprachen zu fördern.

3.5 Sprachen und kommunikative Funktionen

Die verschiedenen europäischen Sprachen sollen in einer europäischen Sprachenordnung auf den einzelnen Ebenen verschiedene Aufgaben übernehmen. Zusätzlich zu den oben genannten seien nun die Begriffe „Nachbarsprache“, „Brückensprache“ (die sich nicht immer genau voneinander abgrenzen lassen) sowie „Kontaktsprache“ näher erläutert.

Den **Nachbarsprachen** eines jeden Landes in Europa muss in einer europäischen Sprachenordnung besondere Bedeutung zukommen. Statistiken zum Im- und Export von Waren zeigen die große wirtschaftliche Bedeutung der unmittelbaren Nachbarländer (Deutschland zum Beispiel ist für viele seiner Nachbarn wichtigster Handelspartner). Hier überschneiden sich die Prinzipien von Nachbar- und Kundensprache; sie können an den Grenzen für viel sprachliche Differenzierung sorgen.

Und genau dies zeigen die existierenden Untersuchungen zum Sprachgebrauch in den so genannten Euroregionen (oder Euregios), namentlich Gellert-Novak (1994) und Finger (2001). Neben der regionalpolitischen Ebene, der sich Gellert-Novak widmete, hebt Finger die Bedeutung des unmittelbaren Grenzverkehrs hervor, der sich zum Beispiel im Einkaufstourismus zeigt und der damit „breite Schichten der Bevölkerung“ betrifft (2001: 42). Interessant ist der Sprachgebrauch in beiden Fällen:

Die Euroregionen bemühen sich offiziell um eine Gleichstellung der Sprachen aller Mitglieder und verwenden bei offiziellen Verhandlungen so gut wie kein Englisch, was seine Verwendung in der interregionalen Kommunikation der Euroregionen nicht wahrscheinlich macht. (Gellert-Novak 1994: 126)

Englisch wird „für unpassend gehalten“ (Gellert-Novak 1994: 134). Benutzt werden die vor Ort gesprochenen Sprachen, ganz nach dem Nachbarsprachenprinzip. Die entscheidende Bedeutung einer Nachbarsprache, das, was sie vor dem Gebrauch einer Verkehrssprache auszeichnet, liegt nämlich darin, dass sie neben der Kommunikation auch etwas zur regionalen Identität der Menschen in einer Grenzregion beitragen kann (vgl. Finger 2001: 51). Im Wesentlichen wird nur bei mangelnden Kenntnissen der Nachbarsprache auf Englisch als Lingua franca zurückgegriffen, wobei aber auch polyglotter Dialog zu beobachten ist.

Da Deutschland dasjenige europäische Land mit den meisten Grenzen ist und außerdem eine stark nach außen orientierte Wirtschaft besitzt, ist es in einer glücklichen Lage: Seine Sprache sollte gesucht werden, und in Osteuropa ist dies auch der Fall. Wichtig ist jedoch im Gegenzug, dass in den verschiedenen deutschen Grenzregionen die benachbarten Sprachen ebenso zum Zuge kommen.

Sprachen mit Brückenfunktion: Die sprachliche und kommunikative Situation Skandinaviens weist einen interessanten Aspekt auf: die Rolle des Schwedischen als Brücke nach Finnland. Finnisch gehört bekanntlich nicht zu den indoeuropäischen Sprachen, doch die traditionell sehr enge Zusammenarbeit im Norden macht an dieser Grenze keinesfalls Halt. Finnland ist offiziell zweisprachig, und obwohl nur ca. 4-6 % der Finnen Schwedisch als Muttersprache haben und das Finnlandschwedische auch regional begrenzt ist, wird es weiterhin gefördert. Es spielt für Finnland durchaus eine Rolle als Brückensprache zum übrigen Skandinavien. Braunmüller (1999: 328) schätzt die Situation folgendermaßen ein:

Verschwände das Finnlandschwedische als zweite Landessprache, wäre Finnland zwar noch lange kein einsprachiges Land. Es würde allerdings die Brücke zum übrigen Skandinavien vollends verloren gehen. Denn bislang ist es vielfach so, dass Finnen, weil sie alle Schwedisch als erste ‚Fremd‘sprache in der Schule zu lernen haben, mehr oder weniger gut Schwedisch und damit vielleicht auch noch Norwegisch (Riksmål/Bokmål) verstehen können.

Das Schwedische ist hier Brückensprache, zusammen mit der in Skandinavien viel praktizierten Semikommunikation ist der festlandskandinavische Großraum damit zweifellos ein Vorbild für die Kommunikation in Europa - im Sinne der hier vorgeschlagenen Sprachenordnung.

Auch das Sprachgebiet einiger Minderheitensprachen liegt grenzüberschreitend. Ich denke da vor allem an das Baskische, an das Katalanische, die beide nach Frankreich hineinragen, und an Dänisch als Staatssprache in Dänemark/Minderheitensprache in Deutschland. Das Deutsche ist gleich mehrfach in dieser Situation: in Dänemark, in Südtirol, im Elsass und in Belgien. Auch die Fälle des Korsischen (dem Italienischen ähnlich, in Frankreich gelegen) oder des Galicischen (dem Portugiesischen verwandt, in Spanien gelegen) sind in diesem Kontext grundsätzlich vergleichbar. Diese Eigenschaft der europäischen Landkarte bietet für jedes einzelne der betreffenden Länder die große Chance, über diese Sprachen Brücken zu anderen zu schlagen. Manche Minderheitensprachen, gegenüber den Staatssprachen im eigenen Land zwangsläufig zurückstehend, können so zu Bindegliedern oder Brücken zwischen Staaten werden und dort kommunikative und symbolisch-völkerverbindende Funktionen übernehmen.

Kontaktsprachen: Die EU ist nicht allein auf der Welt und muss folglich auch für funktionierende Beziehungen nach außen Sorge tragen. Die Etablierung einer von Brüssel aus geführten gemeinsamen Außenpolitik der EU zeichnet sich erst langsam ab. In wirtschaftlicher Hinsicht sieht sich die EU gern als dritte Handelsmacht neben den USA und Japan, doch ist auch hier ihr Auftreten noch nicht von einheitlichen Interessen geprägt, die einzelnen Staaten unterhalten auch hier die unterschiedlichsten Beziehungen, oft von ihrer kolonialen Vergangenheit geprägt. Dieser Umstand kann jedoch in positivem Sinne genutzt werden und für Europa von Vorteil sein, denn bestimmte Sprachen können Verbindungsglieder in andere Weltregionen darstellen. Neben Englisch und Französisch sind hier vor allem Spanisch und Portugiesisch interessant.

Ansätze sind da, so ist zum Beispiel Portugal Europas treibender Faktor bei der Verbesserung der Beziehungen zum Mercosur, dem südamerikanischen Handelsraum. Wichtig ist Portugals auswärtige Arbeit auch in Bezug auf afrikanische Länder wie Angola oder Kapverde. Auf diese Ansätze als Teil einer gesamteuropäischen Entwicklungs- und auswärtigen Kulturpolitik sollte man sich konzentrieren. Das Beispiel ließe sich auf das Niederländische und Südafrika, Namibia (Afrikaans) und Surinam (Niederländisch ist Amtssprache) übertragen (vgl. Mattusch 1999).

Nach der Osterweiterung wird ein weiterer großer Partner der EU Aufmerksamkeit verlangen: Russland. Das Russische könnte - das Einverständnis der Partnerländer vorausgesetzt - wieder die Bedeutung erlangen, die es während des Warschauer Paktes hatte, freilich unter anderen Vorzeichen. Der kommunikative Wert des Russischen für alle ehemaligen Ostblockstaaten - für die baltischen Staaten, für Bulgarien oder für die Staaten im Kaukasus zum Beispiel - ist sehr hoch einzuschätzen, diese Tatsache kann sich Europa bei der weiteren Ausdehnung und für die Kontakte nach außen zunutze machen.

4 Konsequenzen für den Fremdsprachenunterricht

Aus der hier vorgeschlagenen europäischen Sprachenordnung kann leicht abgelesen werden, welche Sprachkenntnisse wo benötigt werden. Diese sollten folgerichtig im Bildungswesen (Schule und Erwachsenenbildung) erworben werden können. Grundsätzlich sollten bildungspolitische Entscheidungen wie zum Fremdsprachenunterricht, der das sprachliche Verhalten der Bürger ja auch entscheidend beeinflusst, aus der Sprachenpolitik abgeleitet werden; diesen Anspruch muss eine europäische Sprachenordnung meines Erachtens verfolgen. Über eine Ausweitung und Differenzierung im Bildungssystem ergibt sich langfristig eine breite Streuung von Fremdsprachenkenntnissen auf allen Ebenen in ganz Europa. Natürlich wird das Englische dabei auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Englischkenntnisse sind für jeden Bürger, der beruflich Auslandskontakte hat oder auch nur viel reist, unentbehrlich. Doch spielt das Englische heute im deutschen Schulsystem eine Rolle, die zu wenig Platz lässt für andere Sprachen. Das Angebot muss jedoch nicht nur erweitert, sondern regional differenziert und damit auf die Bedürfnisse der Lerner und des Arbeitsmarktes abgestimmt sein. Und es muss einer systematischen Sequenzierung unterliegen, das heißt so gestaltet sein, dass linguistische und Lernschwierigkeitsgesichtspunkte berücksichtigt werden können.

Die Vormachtstellung des Englischen in Deutschland steht in Widerspruch zu offiziellen Verlautbarungen der EU, des Europarates und verschiedener Fachverbände, die eine Diversifizierung des Fremdsprachenunterrichts und die Gleichwertigkeit der Sprachen fordern (zum Beispiel „Beschluss zur Förderung des Studiums der Gemeinschaftssprachen“ des Europäischen Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 9.2.1976). Doch nur das Französische hat unter den lebenden Fremdsprachen ebenfalls noch größere Bedeutung. Zahlenmäßig sieht es heute in der Bundesrepublik so aus:

Im Schuljahr 1999/2000 lernten fast alle Gymnasiasten Englisch, 43 Prozent Französisch, vier Prozent Russisch, drei Prozent Spanisch und ein Prozent Italienisch. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind deutsche Schüler weniger fremdsprachengewandt. Während es deutsche Schüler in Sekundarstufe I und II nur auf 1,2 Fremdsprachen brachten, sind es in Luxemburg immerhin drei, die Franzosen kommen auf einen Schnitt von 1,7 Sprachen. Finnland und Dänemark bringen es auf 2,4 beziehungsweise 1,9 Sprachen, nur Italiens und Englands Schüler lernen noch weniger Fremdsprachen als deutsche, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft aus dem vergangenen Jahr belegt. (F.A.Z. 11.6.2001)

Insgesamt ist die Situation also auf jeden Fall verbesserungswürdig. Strukturelle Veränderungen in der Schule und mehr Förderung des Sprachenlernens sind gefragt. Dies meint vor allem eine regionale Diversifizierung des Angebotes zugunsten der Nachbar- und Brückensprachen und eine sinnvolle Sequenzierung des Angebotes, die dazu beitragen soll, dass mehr Menschen mehr Fremdsprachen auf hohem Niveau sprechen - mit Lernzielen, „die sozial nachvollziehbar sind“ (Schröder 1995: 64), die also zum Werdegang eines jeden Menschen passen.

Ein System der regionalen Verteilung des Fremdsprachenunterrichts ist dabei im Kern schon vorhanden: Im Zuge der Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule in Deutschland Anfang/Mitte der 1990er Jahre konnte sich dieser Gedanke bereits teilweise durchsetzen. So gibt es im Saarland neben Englisch auch Französisch in der Grundschule, in Baden-Württemberg wird ähnlich geplant. In Sachsen gibt es Fremdsprachenunterricht in der Grundschule seit 1993/94 mit dem Angebot Tschechisch, Russisch, Polnisch, Sorbisch, Englisch, Französisch und Spanisch in einem Begegnungssprachenkonzept. Aus dem Ausland

kommt folgende Erfahrung, die zeigt, dass das Nachbarsprachenkonzept auch der Nachfrage entgegentzukommen scheint:

Untersuchungen zur Wahl von Fremdsprachen im Schulunterricht in Frankreich belegen allerdings, dass neben der auch dort eindeutigen Dominanz des Englischen vor allem regionaltypische Erwägungen bestimmend sind. Für die Wahl des Spanischen bzw. Deutschen als Fremdsprache ist die jeweilige Nähe des entsprechenden Nachbarlandes ein ausschlaggebender Faktor. (Haßler 1996: 106)

Der zweiten wichtigen Idee zur Reformierung des Fremdsprachenunterrichts, der Sequenzierung und funktionalen Differenzierung, liegen folgende Gedanken zugrunde:

Rezeptive Sprachkenntnisse sind stets leichter zu erwerben als produktive, gerade auch auf anspruchsvoller Ebene. Sie bedürfen auch nicht des kontinuierlichen Trainings, wie dies bei produktiven Sprachkenntnissen der Fall ist. Beim Erwerb von rezeptiven Kenntnissen kann das Prinzip der verwandten Sprachen genutzt werden, ein Prinzip, das im Bereich des Erwerbs produktiver Kenntnisse oft in die Irre führt. (Finkenstaedt & Schröder 1992: 43; vgl. a. Arntz 1997)

So sollte der Englischlerner die Möglichkeit haben, darauf aufbauend auch Niederländisch oder Dänisch (Nachbarsprache), bzw. der Französischlerner die Möglichkeit haben, Spanisch oder eine andere verwandte Sprache zu lernen. Darüber hinaus sollte auch die curriculare Organisation des Fremdsprachenunterrichts überdacht werden. Denkbar wäre das „Anlernen“ von Sprachen in der Schule mit erst nach der Schule erfolgreichem vollem Ausbau - es ist grundsätzlich denkbar, dass bestimmte Sprachen im Sinne einer Bedarfs- bzw. Berufsorientierung erst in der Erwachsenenbildung angeboten werden - und die Ausrichtung des Unterrichts auf diese Ausbaumöglichkeiten, außerdem eine weitgehende Verzahnung der Kurse, der Wechsel zwischen „dünnen“ Phasen und Intensiv- bzw. Aufbauphasen und die Betonung rezeptiver Kenntnisse (auch mit Hinführung zu rezeptiver Mehrsprachigkeit).

Reformvorschläge wie die obigen sind natürlich nicht neu. Im Zuge der Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule und der Einrichtung bilingualen Sachfachunterrichts hat es immer wieder die Forderung zum Beispiel nach kürzer laufenden Kursen, auch mit begrenzter Zielsetzung, nach Kompaktkursen und Intensivunterricht gegeben. Sie finden sich in den Homburger Empfehlungen (Christ, Schröder, Weinrich & Zapp 1980) oder in den Kasseler Leitlinien des Fachverbandes Moderne Fremdsprachen (FMF).

Letztere gehen übrigens von einer Lösung der europäischen Sprachenfrage aus, die der ähnelt, die ich in der europäischen Sprachenordnung beschrieben habe: Bewahrung der sprachlichen und kulturellen Identitäten, aber Anerkennung des faktischen Primats weniger internationaler Verkehrssprachen (vgl. Abdruck in den Neusprachlichen Mitteilungen).

1994 formulierte auch die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihren „Überlegungen zu einem Grundkonzept für den Fremdsprachenunterricht“ eine Forderung nach Mehrsprachigkeit, nach der alle Schüler zwei Sprachen, bei höherem Schulabschluss drei und mehr Fremdsprachen lernen sollten. Dies sollte unter anderem mit Maßnahmen wie der Vorverlegung des Beginns des Fremdsprachenunterrichts in die Grundschule, mehr bilingualem Sachfachunterricht und der Verkürzung von Langzeitlehrgängen erreicht werden. In der Forderung nach Mehrsprachigkeit, wie sie oben beschrieben ist, zeigt sich noch einmal der Widerspruch zwischen der Haltung der KMK, die sich Vorstellungen der EU zu Eigen macht, und der Wirklichkeit der Fremdsprachenlandschaft an deutschen Schulen, die dies nicht leisten kann. Eine Überarbeitung des Angebots an Sprachen ist also dringend erforderlich.

Bibliografie

Wissenschaftliche Literatur

- Ammon, U. 1994. The present dominance of English in Europe. With an outlook on possible solutions to the European language problems. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik* 8, 1-14.
- Ammon, U. 2001. Deutsch als Lingua franca in Europa. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik* 15, 32-41.
- Arntz, R. 1997. Passive Mehrsprachigkeit - eine Chance für die „kleinen“ Sprachen Europas. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik* 11, 166-177.
- Arntz, R. 1998. *Das vielsprachige Europa. Eine Herausforderung für Sprachpolitik und Sprachplanung*. Hildesheim: Universitätsbibliothek.
- Bouillon, H. & Vlieghe, V. 2001. Die Stellung der deutschen Sprache in belgischen Unternehmen. Untersuchung des Gebrauchs und Bedarfs im Geschäftsalltag. *Info DaF* 28, 6, 564-584.
- Braunmüller, K. 1999. *Die skandinavischen Sprachen im Überblick* (2nd ed.). Tübingen et al.: Franke.
- Christ, H., Schröder, K., Weinrich, H. & Zapp, F. J. (eds). 1980. *Fremdsprachenpolitik in Europa. Homburger Empfehlungen für eine sprachenteilige Gesellschaft*. Augsburg: Univ.
- Coulmas, F. 1991. Die Sprachenregelung in den Organen der EG als Teil einer europäischen Sprachenpolitik. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik* 5, 24-36.
- Finger, B. 2001. Verkehrssprachen in Euroregionen: Sprachenwahl bei grenzüberschreitenden Kontakten am Oberrhein. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik* 15, 42-54.
- Finkenstaedt, Th. & Schröder, K. 1992. *Sprachen im Europa von morgen*. Berlin et al.: Langenscheidt.
- Gellert-Novak, A. 1994. Die Rolle der englischen Sprache in Euroregionen. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik* 8, 123-135.
- Haarmann, H. 1993. *Die Sprachenwelt Europas: Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural*. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Haßler, G. 1996. Funktionale Sprachen und Sprachkultur - ein Problem der romanischen Sprachen in einem mehrsprachigen Europa. In W. Dahmen, G. Holtus, J. Kramer, M. Metzeltin, W. Schweickard & O. Winkelmann. (eds), *Die Bedeutung der romanischen Sprachen im Europa der Zukunft. Romanistisches Kolloquium IX*. Tübingen: Narr, 103-118.
- Hagège, C. 1996. *Welche Sprache für Europa? Verständigung in der Vielfalt*. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag (franz. Orig. 1992).
- Kasseler Leitlinien des *Fachverbands Moderne Fremdsprachen* für den Fremdsprachenunterricht. 1996. *Neusprachliche Mitteilungen* 49/3, 142-145.
- Konrad, H. (in Vorbereitung). Eine europäische Sprachenordnung als komplementäre Lösung der Sprachenfrage(n) in Europa.
- Kremnitz, G. 1997. *Die Durchsetzung der Nationalsprachen in Europa*. Münster et al.: Waxmann.
- Mattusch, M. H.-J. 1999. *Vielsprachigkeit: Fluch oder Segen für die Menschheit? Zu Fragen einer europäischen und globalen Fremdsprachenpolitik*. Frankfurt a. M. et al.: Lang.
- Nies, F. 1996. Zahnpaste-Lawinen oder Latinität. Kapuzinerpredigt eines Nichtlinguisten über Waren und Wege unserer Sprachimporteure. In W. Dahmen, G. Holtus, J. Kramer, M. Metzeltin, W. Schweickard & O. Winkelmann. (eds), *Die Bedeutung der romanischen Sprachen im Europa der Zukunft. Romanistisches Kolloquium IX*. Tübingen: Narr, 17-31.
- Pfeiffer, W. 1992. Eine Sprache für alle oder für jeden eine? Sprachenvielfalt und „Interkulturalität“ als Basis einer europäischen Integration. Ein Essay aus der Sicht eines Polen. *Die Neueren Sprachen* 91: 4/5, 369-374.
- Riehl, C. M. 2001. Form und Gebrauch des Deutschen in Mittel- und Osteuropa. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik* 15, 55-58.

- Schloßmacher, M. 1996. *Die Amtssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft: Status und Funktion. Duisburger Arbeiten zur Sprach- und Kulturwissenschaft 25*. Frankfurt a. M. et al.: Lang.
- Schröder, K. 1995. Zur Problematik von Sprache und Identität in Westeuropa. Eine Analyse aus sprachpolitischen Perspektive. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik 9*, 56-66.
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD. 1994. *Überlegungen zu einem Grundkonzept für den Fremdsprachenunterricht*. Bonn.
- Volz, W. 1994. Englisch als einzige Arbeitssprache der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft? Vorzüge und Nachteile aus der Sicht eines Insiders. *Sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für europäische Soziolinguistik 8*, 88-100.
- Witt, J. 2000. Anmerkungen zur zukünftigen Behandlung der Amtssprachen der Europäischen Union auf der Grundlage einer Bürgerbefragung. *Lebende Sprachen 3*, 101-105.

Presseartikel

- The Daily Telegraph*, 15.8.2001. Kinnoack accused of trying to force English on Europe. Von David Haworth, 10.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.7.1999. Beide Seiten beharren im „Sprachenstreit“ auf ihren Positionen, 1 (auch im Internet-Archiv: afaz.gbi.de).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.7.1999. Englisch ist auf dem Weg zur Gemeinschaftssprache. Von Hajo Friedrich, 29 (auch im Internet-Archiv: afaz.gbi.de).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.7.1999. Leserbrief Dr. Friedhelm Krüger-Sprengel. Eine goldene Brücke im Sprachenstreit, 10 (auch im Internet-Archiv: afaz.gbi.de).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.3.2001. Der „Sprachenstreit“ schwelt weiter, 1. Europas Einheit in babylonischer Vielfalt. Von Andreas Ross, 11 (auch im Internet-Archiv: afaz.gbi.de).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.6.2001. Man spricht nicht Deutsch. Von Prof. Dr. Klaus Otto Nass, 15 (auch im Internet-Archiv: afaz.gbi.de).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.6.2001. Viele deutsche Schüler beherrschen das Französische nur unzureichend, 6 (auch im Internet-Archiv: afaz.gbi.de).
- Guardian Unlimited [Online]*, 30.3.2001. Global English: the European Lessons. Von Max de Lotbinière (www.guardian.co.uk/Archive/Article/0,4273,4162990,00.html).
- Guardian Unlimited [Online]*, 19.4.2001. Minority voices show strong instinct for survival. Von John Walsh (www.guardian.co.uk/Archive/Article/0,4273,4172546,00.html).
- Guardian Unlimited [Online]*, 19.4.2001. A stateless language that Europe must embrace. Von Juliane House (www.guardian.co.uk/Archive/Article/0,4273,4172536,00.html).
- Guardian Unlimited [Online]*, 19.4.2001. English yes, but equal language rights first. Von Robert Phillipson (www.guardian.co.uk/Archive/Article/0,4273,4172528,00.html).
- DER SPIEGEL* 30/1999. Mit eigenem Stil. Von Manfred Ertel (auch im Internet-Archiv: www.spiegel.de).

¹ Regional- und Minderheitensprachen sind in der Charta definiert als Sprachen, die keinen Amtssprachenstatus besitzen und die von einer zahlenmäßigen Minderheit traditionell in einem bestimmtem Territorium bzw. über verschiedene kleinere Gebiete verstreut gesprochen werden (autochthone Minderheiten). Die Sprachen der Zuwanderer, die es quasi in jedem europäischen Land gibt, sind nicht angesprochen.

² Die F.A.Z. (vom 14.3.2001) sieht die Zukunft so: „Der integrale Multilingualismus hat jedoch keine Überlebenschance mehr. Die EU der 27 Mitgliedsstaaten, die sich abzeichnet, müßte mit mindestens 22 Sprachen arbeiten. Technisch wäre die Sprachmittlung bei dann 462 Sprachpaaren nicht mehr zu bewältigen. Zur quantitativen Herausforderung durch die Osterweiterung kommt die qualitative Infragestellung des Status quo.“ Vgl. auch die Beispielrechnungen bei Arntz (1998) und bei Schloßmacher (1996).

³ Diese Art der Kommunikation ist zunächst unter Skandinavien verschiedener Länder üblich, auch unter Tschechen und Slowaken. Teilweise funktioniert sie auch zwischen Spaniern und Portugiesen. Aber auch über Sprachgruppengrenzen hinweg kommt sie vor, zum Beispiel in Südtirol zwischen Italienisch- und

Deutschsprachigen (vgl. Arntz 1997; Gellert-Novak 1994; Finger 2001) und unter Abgeordneten des EP (Schloßmacher 1996).

Konrad, Holger. (2003). Entwurf einer „europäischen Sprachenordnung“. Baumgarten, Nicole/Böttger, Claudia/Motz, Markus/Probst, Julia (eds.), Übersetzen, Interkulturelle Kommunikation, Spracherwerb und Sprachvermittlung - das Leben mit mehreren Sprachen. Festschrift für Juliane House zum 60. Geburtstag. *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht* [Online], 8(2/3), 157-175.

Verfügbar: <http://www.ualberta.ca/~german/ejournal/Konrad.pdf>.